

Gabi Faulhaber sagt:
„Als Totalherbizid tötet Glyphosat jede Pflanze eines gespritzten Feldes ab, sofern sie nicht entsprechend gentechnisch verändert ist.“ ▶ Seite 4



Halbherzige Maßnahmen bei Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Schwarzgrüne Wohnungspolitik krachend gescheitert

Steigende Mieten, explodierende Nebenkosten, fehlender Wohnraum – die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung wird für viele Menschen zu einem immer kostspieligeren Glücksspiel. Die katastrophale Lage am hessischen Wohnungsmarkt – nicht nur, aber vor allem im Ballungsraum Rhein-Main – kommt aber weder überraschend, noch ist sie unvermeidbar gewesen. Die Hessische Landesregierung hat es jedoch versäumt, rechtzeitig geeignete Maßnahmen zu ergreifen, welche die heutige Situation hätten spürbar abfedern können.

Alleine seit Antritt der schwarzgrünen Landesregierung hat sich der Bestand von Sozialwohnungen in Hessen um mehr als 20.000 Wohneinheiten verringert. Ende 2016 gab es demnach nur noch knapp über 90.000 solcher Wohnungen. Gleichzeitig blieb die Zahl der offiziell gemeldeten Anspruchsberechtigten, die erfolglos eine Wohnung suchen, mit 45.000 Haushalten konstant



Foto: altanaka | 51925263 | fotolia.com

hoch. CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben seit 2014 zwar eine Reihe von Gesetzesänderungen eingebracht – diese haben sich jedoch bisher alle als vollkommen wirkungslos herausgestellt.

GESETZ GEGEN ZWECKENTFREMUNG UND LEERSTAND MUSS HER!

Kein Wunder! Ausnahmeregelungen, halbherzige Maßnahmen und die Ablehnung funktionierender Instrumente aus anderen

Bundesländern bewirken, dass die gut gemeinten Regelungen keine positiven Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt entfalten können. So trifft zum Beispiel die Fehlbelegungsabgabe – so wie sie von Schwarzgrün eingeführt wurde – viele Geringverdiener. Ein Gesetz gegen Zweckentfremdung und Leerstand, wie es in Bayern oder Berlin existiert, fehlt in Hessen völlig und im Wohnraumförderungsgesetz wird immer noch die Schaffung

von Eigentumswohnungen gleichberechtigt gefördert – aus Mitteln, die dem sozialen Wohnungsbau zustehen sollen. Wenn zusätzlich für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum geeignete Landesflächen meistbietend an Investoren verkauft werden, wie es am Campus Bockenheim sowie beim Alten Polizeipräsidium in Frankfurt geschehen oder geplant ist, dann muss man feststellen, dass die Situation in den Ballungsgebieten und den Hochschulstädten ein

hausgemachtes Problem ist. Wir wollen eine Umkehr in der hessischen Wohnungspolitik. Seit Jahren fordern wir in den Haushaltsberatungen die zusätzliche Schaffung von 10.000 Sozialwohnungen sowie von weiteren 2.000 Studierendenwohnungen pro Jahr. Wäre damit bereits vor Jahren begonnen worden, dann müssten wir nicht über den Mangel an bezahlbarem Wohnraum klagen. Darüber hinaus muss das Land den Kommunen bei der Bereitstellung von Landesflächen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum deutlich mehr entgegenkommen. Anstatt Flächen meistbietend zu veräußern, müssen diese vorrangig für den Bau von bezahlbaren Wohnungen genutzt werden.



Hermann Schaus, wohnungspolitischer Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Für ein Grundrecht auf Wohnen

DIE LINKE setzt sich bei Verfassungsänderung in Hessen für Grundrecht auf Wohnen ein

Niemand – bis auf wenige Ausnahmen – kann in dieser Gesellschaft leben ohne zu wohnen. Eine Wohnung ist der Mittelpunkt der Lebensführung eines jeden Menschen. Sie befriedigt elementare Bedürfnisse und dient der Entfaltung der Persönlichkeit. Obdachlosigkeit hingegen verletzt die Menschenwürde. Der Verkauf von Wohnungen aus öffentlicher Hand, Luxusmodernisierung und Zweckentfremdung von Wohnraum, die Umwandlung in Eigentumswohnungen und die Ausweitung des Eigenbedarfsrechts über die unmittelbaren

Wohnbedürfnisse der Eigentümerin/des Eigentümers hinaus haben einen Umfang erreicht, der dazu führt, dass Menschen obdachlos werden. Das müssen wir dringend beenden!

ZUR WOHNUNG GEHÖRT DIE VERSORGUNG MIT ENERGIE UND WASSER

Das von uns geforderte Grundrecht beinhaltet das Recht auf eine menschenwürdige und diskriminierungsfrei zugängliche Wohnung und eine angemessene Versorgung mit sauberem Wasser und Energie zu be-

zahlbaren Preisen. Zum Recht auf Wohnen gehört nicht nur das Recht, eine Wohnung zu beziehen, sondern auch das Recht auf Erhalt der einmal bezogenen Wohnung. Im Falle einer Räumung muss zumutbarer Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt werden. So wird unfreiwillige Obdachlosigkeit verhindert.



Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag



Foto: lassdesign | 84328964 | fotolia.com

Trotz NSU-Skandal: Mehr Macht für den Geheimdienst

Die schwarzgrüne Regierung will nach jahrelanger Untätigkeit endlich den Geheimdienst reformieren.

Doch statt Konsequenzen aus dem NSU-Skandal zu ziehen, sollen die Befugnisse zur Bespitzelung der Bürgerinnen und Bürger massiv

ausgeweitet werden. Gegenüber 2016 soll der Geheimdienst wesentlich mehr Personal und Geld bekommen: Statt 20 Mio. Euro sind nun fast 30 Mio. pro Jahr für die Schlapphüte veranschlagt. Und die parlamentarische Kontrolle? Fehlanzeige!

AUSSCHUSS OFFENBART DIE DESASTRÖSEN ZUSTÄNDE BEIM GEHEIMDIENST

Die an den NSU-Ausschuss im Landtag gelieferten Geheimdienst-Akten waren lückenhaft und enthüllten dennoch haarsträubende

Details über die Geheimdienstarbeit. DIE LINKE veröffentlichte zum Beispiel Teile eines besonders brisanten Dokuments: Denn obwohl der Geheimdienst und die Regierung immer behaupteten, im NSU-Komplex habe es in Hessen keine Pannen und Fehler oder Hinweise auf rechten Terror gegeben, kam ein interner Bericht zu ganz anderen Ergebnissen: Hunderten Hinweisen auf Waffen und Sprengstoff bei Neonazis und auf einen ‚Nationalen Untergrund‘ wurden nicht nachgegangen. Hunderte Akten waren nicht mehr auffindbar, andere wurden gelöscht, sodass überhaupt nicht festgestellt werden kann, ob der Geheimdienst nähere Hinweise auf den NSU hatte.

INTERNER BERICHT ÜBER EIGENES VERSAGEN: FÜR 120 JAHRE GEHEIM!

Doch anstatt die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wurde der Bericht zur Geheimsache erklärt – für 120 Jahre!

DIE LINKE hat zumindest Teile des Berichtes öffentlich machen können. Er belegt einmal mehr: Im Kampf gegen Neonazis ist auf Behörden und Regierung absolut kein Verlass. Wir werden weiteren Werkzeugen für den VS und Rechten zur Bespitzelung der Bürgerinnen und Bürger deshalb auf keinen Fall zustimmen. Wir verlangen ein Ende der Geheimhaltung zum NSU-Skandal und fordern echte Konsequenzen.



Foto: Fraktion DIE LINKE, im Hessischen Landtag

Der NSU-Ausschuss bestand seit 2014. Die letzte Vernehmung fand im November 2017 statt.

Steueroasen:

Endlich Konsequenzen ziehen!

‚Swiss Leaks‘, ‚Lux Leaks‘, ‚Panama Papers‘, ‚Paradise Papers‘ – immer neue Veröffentlichungen machen deutlich, dass durch Steuerbetrug und Steuerhinterziehung den öffentlichen Kassen Milliarden vorenthalten werden. Geld, das dringend für wichtige Aufgaben bei Investitionen, Bildung, im Sozialbereich oder für die Energie- und Verkehrswende benötigt wird. Teilweise nutzen Konzerne, Superreiche, aber auch Kriminelle Schlupflöcher, um ihr Vermögen zu verschleiern und dem Fiskus Steuern zu entziehen. Allerdings sind nicht alle Geschäfte in Steueroasen illegal – und nicht immer befinden sie sich in tropischen Ländern.

AUCH DEUTSCHLAND IST EINE STEUEROASE

So zählen auch die Niederlande und Deutschland in einigen Bereichen zu den Steueroasen. Im Jahr 2015 wurde Deutschland im Schattenfinanzindex des ‚Tax Justice Networks‘ auf Platz 8 der größten Schattenfinanzplätze aufgeführt. Auch der Staat selbst ist in Geschäfte mit Steuer-

oasen verstrickt. So ist das Land Hessen an der Fraport-AG beteiligt, die den Flughafen Frankfurt betreibt und zweifelhaftes Geschäft über Briefkastenfirmer auf Malta führt.

Auch in jüngeren Veröffentlichungen zu Schattenfinanzplätzen taucht immer wieder Deutschland auf. Zuletzt im Zusammenhang mit Immobiliengeschäften, bei denen Finanzinvestoren nicht nur mit Wohnraum spekulierten, sondern auch ganz legal Steuern in Millionenhöhe umgingen. Es muss konsequent gegen derartige Steuervermeidungsstrategien vorgegangen werden. Dafür müssen die Steuerbehörden personell und technisch deutlich besser aufgestellt werden. Gesetze, die sicherstellen, dass Reiche und Konzerne einen angemessenen Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten, müssen her! DIE LINKE fordert die Abschaffung aller Steuertricksereien in Deutschland sowie Europa und ein gerechtes Steuersystem. Neben Steuerehrlichkeit fehlt es in Deutschland vor allem auch an Steuergerechtigkeit.

Doppelhaushalt der Landesregierung:

Ohne notwendige Schwerpunkte



Foto: RickLordPhotography | 139963241 | istockphoto.com

Schwimmbadsterben, marode Schulen, schlechte Ausstattung bei den Krankenhäusern – Danke, Schwarzgrün!

Mit dem Doppelhaushalt für 2018/19 hat die schwarzgrüne Landesregierung einmal mehr deutlich gemacht, dass ein Politikwechsel in Hessen dringend notwendig ist. Einerseits hat sich die Einnahmesituation des Landes aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung entspannt, andererseits haben die immer neuen Kürzungsrunden der vergangenen Jahre tiefe Spuren im Landeshaushalt und bei den Kommunen hinterlassen. Vor allem bei den öffentlichen Investitionen ist die Lage dramatisch – bei Brücken, Schulen, Schwimmbädern und Krankenhäusern besteht enormer Investitionsbedarf. Die Landesregierung

verteilt hier aber nur mit sehr kleinen, kurzfristigen Sonderprogrammen Beruhigungspillen – ohne die chronische Investitionsschwäche grundsätzlich anzugehen. Andere zentrale Probleme werden fast vollständig ignoriert – bei der Förderung des ÖPNV, der Energiewende und beim Wohnungsbau bleibt sie bei Sonntagsreden. DIE LINKE fordert deshalb, mit einem Investitionsprogramm endlich den Investitionsstau in Hessen zu beseitigen. Dazu soll deutlich mehr Geld für Ausbau und Betrieb des ÖPNV, den sozialen und öffentlichen Wohnungsbau sowie Schulsanierungen und Investitionen in den Kommunen bereit gestellt werden.

Auch beim angeblichen Prestigeprojekt der Landesregierung – der teilweisen Befreiung von Kitagebühren – gibt es einen ganz erheblichen Nachbesserungsbedarf. DIE LINKE fordert statt einer Mogelpackung die vollständige Befreiung von den Kitagebühren. Wichtig ist dabei aber, dass die Kommunen nicht auf den Kosten sitzen bleiben – das Land muss die Kosten für die Kinderbetreuung voll übernehmen. Wir wollen mit einer Vermögenssteuer und der höheren Besteuerung großer Erbschaften dafür sorgen, dass große Vermögen und Unternehmen einen deutlich höheren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

Flughafen Frankfurt: Profite für wenige – auf Kosten der Beschäftigten

Von Billigfliegern, Lohndumping, der Missachtung des Nachtflugverbotes und immer weiterem Wachstum

Der weiter andauernde Ausbau des Frankfurter Flughafens wird immer damit begründet, dass er angeblich gute Arbeitsplätze bringe. Dass dieses Versprechen nichts wert ist, hat sich nun wieder gezeigt.

Der für seine schlechten Arbeitsbedingungen berüchtigte Billigflieger Ryanair macht sich in Frankfurt immer breiter und bekommt dafür noch Rabatte von Fraport.

TAREK AL-WAZIR BETEILIGT

Diese Rabatte hat das hessische Wirtschaftsministerium unter dem grünen Minister Tarek Al-Wazir genehmigt – und damit die etablierten Fluggesellschaften, wie die

Lufthansa, die weiterhin höhere Gebühren bezahlen, unter Druck gesetzt.

Ryanair hat zuletzt wiederholt Tarifverhandlungen mit der Flugbegleiter-Gewerkschaft UFO abgelehnt. Doch Ryanair behandelt nicht nur seine Beschäftigten schlecht

und setzt die anderen Fluggesellschaften unter Druck. Das Unternehmen ignoriert auch das Nachtflugverbot und plant die Flüge unrealistisch knapp – auf Kosten der Nachtruhe in der Region. Ebenfalls unter Druck geraten die hart arbeitenden

Beschäftigten der Bodenverkehrsdienste. Sie müssen darunter leiden, wenn die Billigflieger die Preise und die Abfertigungszeiten immer weiter drücken. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Acciona bangten zusätzlich noch um ihre Jobs.

GUTE ARBEIT UND GUTE LÖHNE

Acciona ist eine von zwei Firmen, die bisher am Flughafen Gepäck verladen, Flugzeuge reinigen und andere Dienstleistungen für die Airlines anbieten.

Doch das grüne Verkehrsministerium hat ihren Auftrag neu an den nicht tarifgebundenen Konkurrenten Wisag

vergeben. Dagegen gingen die Acciona-Beschäftigten zu Recht auf die Straße.

DIE LINKE tritt weiterhin ein für gute Arbeit am Frankfurter Flughafen und anderswo.

Der Flughafen soll für eine sinnvolle Verkehrsanbindung der Region sorgen und gute Arbeitsplätze bieten, statt für die Profite weniger immer weiter ausgebaut zu werden.



Foto: caftor | 177083853 | fotolia.com



Janine Wissler, Vorsitzende DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Mehrsprachigkeit anerkennen

Herkunftssprachlichen Unterricht ausbauen

Für viele Eltern mit Migrationsgeschichte hat die Herkunftssprache eine wichtige emotionale Bedeutung und bei der Erziehung ihrer Kinder einen hohen Stellenwert. An hessischen Schulen aber werden nicht-deutsche Familiensprachen stiefmütterlich behandelt – herkunftssprachliche Kompetenz wird nicht geschätzt.

LINKE FORDERT: SPRACHLICHE VIELFALT – HERKUNFTSSPRACHLICHEN UNTERRICHT AUSBAUEN

Seit Ex-Ministerpräsident Roland Koch (CDU) Muttersprachen zum Integrationshindernis erklärte, werden auslaufende Lehrstellen nicht neu besetzt. Manche Herkunftsländer entsenden daher eigene Lehrkräfte – so

wird an hessischen Schulen beispielsweise immer öfter Türkisch von Lehrern unterrichtet, die direkt dem türkischen Bildungsministerium unterstellt sind.

Für DIE LINKE ein unhaltbarer Zustand: sprachliche Vielfalt ist ein sehr wichtiges Gut. Der herkunftssprachliche Unterricht muss daher zurück in die Zuständigkeit des Landes. Und er muss aufgewertet und auch ausgebaut werden.



Gabi Faulhaber, bildungspolitische Sprecherin DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Unser Ziel: Kitas beitragsfrei mit guter Qualität

Die Hessische Landesregierung plant ab dem Schuljahr 2018/19, den Städten und Gemeinden einen Zuschuss zu geben, damit die Elternbeiträge für sechs Stunden Betreuungszeit für Kinder über drei Jahre bis zum Schuleintritt wegfallen. Auf den ersten Blick eine gute Sache – aber das reicht nicht aus.

Der Geldbeutel von Eltern wird nur für die letzten drei Jahre vor dem Schuleintritt entlastet. Für die Krippen und die Betreuung über sechs Stunden hinaus wird wahrscheinlich mehr gezahlt werden müssen. DIE LINKE will, dass Eltern überhaupt keine Elternbeiträge mehr zahlen müssen. Und das ist

auch finanzierbar. Die Landesregierung nimmt das Geld für die Entlastung der Eltern aus dem Geld, das den Kommunen zusteht.

Diese haben dann noch weniger Geld, um für gute Qualität – sprich mehr Personal – in den Kitas sorgen zu können. Das darf nicht sein. Das Land muss die Kosten für die frühkindliche Bildung übernehmen, damit genug Geld da ist, um Erzieherinnen und Erzieher besser zu bezahlen und mehr von ihnen zu beschäftigen. DIE LINKE will weniger Bürokratie, mehr Qualität und mehr Geld in der frühkindlichen Bildung. Und auch Schulkinder brauchen eine gute und verlässliche Betreuung.

A13 für Alle!

Ein Kommentar von Gabi Faulhaber

Lehrerin ist nicht gleich Lehrerin, das weiß niemand besser als die Lehrkräfte an den hessischen Grundschulen. Denn im Gegensatz zu ihren Kolleginnen und Kollegen in anderen Schulformen verdienen sie viel weniger. Während beispielsweise eine Lehrkraft an einer Realschule nach A 13 besoldet ist, wird die Arbeit an den Grundschulen nach A 12, also deutlich schlechter bezahlt. Niemand versteht, warum es so ist und auch die schwarzgrüne Landesregierung will und kann es nicht erklären. Auf Nachfragen heißt es:

„DAS IST DOCH ÜBERALL SO!“

Selbst, wenn dem so wäre, sagen wir: Gerechtheit ist das nicht! In keinem Bundesland. Auch nicht in Hessen. Denn die Pädagoginnen und Pädagogen an den Grundschulen tragen eine hohe pädagogische Verantwortung und zeichnen sich durch ein großes Engagement aus. In Brandenburg gibt es ab 1.1.2019 A13 für alle Grundschullehrer_innen. Es geht also! DIE LINKE fordert: A 13 für Alle! Denn gute Arbeit muss auch gerecht und gut bezahlt werden.



Foto: Photophaee.eu | 164285651 | fotolia.com



Foto: Photophaee.eu | 177142689 | fotolia.com

Schlechte Luft in Hessen und keine Besserung in Sicht

Das Gesundheitsrisiko wird deutlich unterschätzt

Stickoxide, Feinstaub und der viel zu hohe Ausstoß an Treibhausgasen sind die drängendsten Probleme der Luftreinhaltung. In über 18 Städten und Gemeinden werden die Grenzwerte für giftige Stickoxide regelmäßig überschritten. Dieselfahrzeuge, mit den von der Autoindustrie schöngerechneten Abgaswerten, sind allein in Europa für über 11.000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr verantwortlich.

Weder schaffen es die verantwortlichen Politiker_innen für saubere Luft zu sorgen, noch gibt es für die betrogenen Autokäufer_innen eine Entschädigung. Die Hessische Landesregierung setzt auf die Blaue Plakette. Klar ist: Eine Blaue Plakette heißt Fahrverbote für die meisten Dieselfahrzeuge

und einige Benziner. Eine Blaue Plakette, wie sie auch Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) fordert, zieht die Betroffenen zur Verantwortung und lässt die Autohersteller ungeschoren davonkommen. Darüber hinaus würde es selbst unter optimalen Bedingungen bis zum Jahr 2022 dauern, um durch Fahrverbote die Grenzwerte einhalten zu können.

Die positive Wirkung einer Blauen Plakette rückt daher sehr nah an den Zeitpunkt heran, an dem wir uns generell von Autos mit Verbrennungsmotoren verabschieden müssen. Wollen wir das Klima wirklich schützen, müssen wir bis spätestens 2030 eine Verkehrswende umgesetzt haben. Wenn wir jetzt nicht damit beginnen, ist es zu spät.



Foto: elcovallana | 132942812 | fotolia.com

FAHRVERBOTE OHNE ALTERNATIVEN SIND FÜR DIE LINKE KEIN BEITRAG ZUR VERKEHRSWENDE

Wir brauchen einen flächendeckenden Ausbau des ÖPNV, der für alle bezahlbar ist. Ein solidarisch, auch von den Unternehmen mit-

finanzierter ÖPNV, als Bürgerticket oder zum Nulltarif, klimafreundlich, mit Bahnen, Zügen und elektrisch betriebenen Bussen, ist machbar und bewegt die Menschen für den Klimaschutz. Das ist das Ziel der LINKEN.



Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Bienensterben stoppen

Artenvielfalt erhalten

Spezielle Insektizide, die sogenannten ‚Neonicotinoide‘, tragen zu einem folgenschweren und massenhaften Insektensterben bei.

Eine aktuelle Studie der renommierten internationalen Forschungsorganisation ‚European Academies Science Advisory Council‘ (EASAC) zeigt, dass sich der vorbeugende Neonicotinoideinsatz unter anderem in einem frühen Tod von Königinnen und einer geringeren Fortpflanzungsrate bei Wildbienen auswirkt.

Der Studie zufolge sind nicht nur Honigbienen, sondern auch Motten und Schmetterlinge betroffen, die ebenfalls Pflanzen bestäuben.

Ähnlich Glyphosat: Als Totalherbizid tötet es jede Pflanze eines gespritzten Feldes ab, sofern sie nicht entsprechend gentechnisch verändert ist. Deshalb sind die Auswirkungen direkt auf die Ackerflora und indirekt auf die Ackerfauna groß: Weniger Wildpflanzen auf und neben den Ackerflächen bieten weniger Lebensraum für weniger Insekten. Die biologische Vielfalt nimmt mit dem vermehrten Einsatz der Pestizide ab. Auch auf insektenfressende Vögel haben die Pestizide negative Auswirkungen. Das kann auf keinen Fall mehr hingenommen werden.

DIE LINKE. kämpft für ein konsequentes Verbot!

Atomwaffen ächten!

Für Abrüstung und Frieden

Am 7. Juli 2017 wurde bei den Vereinten Nationen in New York über einen Atomwaffenverbotsvertrag abgestimmt. Über 120 Staaten haben für die Annahme dieses Vertrags gestimmt. Damit wurde ein Prozess eingeleitet, an dessen Ende im Laufe dieses Jahres eine völkerrechtlich verbindliche Ächtung von Atomwaffen stehen wird. Dieser Vertrag ist nicht weniger als ein großer Hoffnungsschimmer für die Menschheit.

Folgerichtig ist die zivilgesellschaftliche Organisation ‚ICAN‘ wenige Wochen später für ihr Engagement der Ächtung von Atomwaffen, für Abrüstung und für Frieden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden.

NUKLEARE GEFAHR HAT SICH DRAMATISCH VERSCHÄRFT

Die Gefahr eines Krieges mit Nuklearwaffen hat sich in diesem Jahr dramatisch verschärft. Sie ist so hoch, wie seit den 1980er Jahren nicht mehr, als die Konfrontation der Weltmächte USA

und Sowjetunion einen Höhepunkt erreicht hatte. Der US-amerikanische Präsident Donald Trump prahlt, sein Atomwaffenarsenal sei stärker als jemals zuvor.

Er droht Nordkorea mit „Feuer und Zorn, wie es die Welt noch nicht gesehen hat“. Mit wechselseitigen Drohgebärden, Raketenstarts und Militärübungen eskalieren Kim Jong-Un und Donald Trump den Konflikt. Das atomare Säbelrasseln um Nordkorea macht vielen Menschen große Angst.

ATOMWAFFEN: GEFAHR FÜR DIE GANZE MENSCHHEIT

Diese Entwicklungen zeigen: Der Fortbestand von Atomwaffen ist eine der größten Gefahren für die Sicherheit der gesamten Menschheit.

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE. anlässlich des Antikriegstags im Landtag gefordert, dass die Politik sich konsequent für eine atomare Abrüstung einsetzt. Dazu muss Deutschland den ‚Vertrag über das Verbot von Kernwaffen‘ ratifizieren und

aus der NATO-Nuklearstrategie aussteigen. Die rund 20 US-Atomwaffen in Büchel gehören abgezogen.

DIE LINKE. Hessen steht seit jeher an der Seite der Friedensbewegung und wird weiter für die Ächtung der Atomwaffen, für Abrüstung und für Frieden kämpfen.



Jan Schalauske, friedenspolit. Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag

IMPRESSUM

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Telefon 0611-350 60 90
Fax 0611-350 60 91
die-linke@ltg.hessen.de
linksfraktion-hessen.de

Redaktion: H. Hoefl, T. Klein
und U. Franke
Gestaltung: H. Hoefl
Druck: Mediaservice



Foto: ferke/raggae | 167387509 | fotolia.com